

Politische Probleme anlässlich des Treffens Honecker und Schmidt

[ohne Datum]

Übersicht/Hinweise zu bedeutsamen Problemen anlässlich des Treffens zwischen Genossen Honecker und Bundeskanzler Schmidt bzw. damit im Zusammenhang stehend [Bericht O/103]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 4163, Bl. 1–12.

Serie

Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: nur ZAIG-Leitungsdienst nachgewiesen (siehe Vermerk).

Datum

Datierung durch den Bearbeiter: nach dem 8.12.1981 – Einsortierung: 9.12.1981.

Vermerk

Handschriftlich im Dokumentenkopf: »Leitungsdienst« (Zuweisung für den ZAIG-Leitungsdienst).

(Erkenntnisse aus der Auswertung vorwiegend von Informationen der Abteilung III, Westpresse, Funkmedien, ADN/Agenturmeldungen)

1. Erwartungen und Forderungen der BRD- und Westberliner Seite

1.1. Zu Fragen des Mindestumtausches

- Frage der Mindestumtauschsätze werde bei den Gesprächen ein »spezifisches Gewicht« haben (*Franke*,¹ Bundesministerium für »innerdeut Beziehungen«)
- Herabsetzung des Mindestumtausches, zumindest Erleichterungen für Rentner und Jugendliche (SPD und FDP Westberlin, *Wehner*,² *Franke*, CDU-Kreise)
- Rücknahme der erhöhten Mindestumtauschsätze, Forderung nach Verknüpfung mit wirtschaftlichen Konzessionen (»Swing«) (CDU/CSU *Barzel*,³ *Lorenz*,⁴ *Kohl*⁵)
- Korrektur des erhöhten Mindestumtausches bis hin zu Detailfragen, wie etwa der Verwendung des umgetauschten Betrages für den Einkauf von Benzin (*Vogel*,⁶ SPD)

1.2. Zur Familienzusammenführung

- In der Frage der Familienzusammenführung könne nur eine »diskrete Behandlung« zu Erfolgen führen (*Franke*)
- Fragen der Familienzusammenführung in Verbindung mit Menschenrechtsbestimmungen der KSZE-Schlussakte vertreten (*Lorenz*, CDU)
- Probleme der Familienzusammenführung (u. a. mit der Rückkehr *Guillaumes* zugesagte Ausreise von 3 000 Kindern und Frauen in die BRD) (Pressestimmen)
- Ansprechen »dringender Fälle« von DDR-Bürgern, die eine Übersiedlung nach der BRD anstreben (bekannt geworden im Zusammenhang mit den Aktivitäten des stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, *Hoppe*,⁸ bei der Zusammenstellung entsprechender Listen).⁹

1.3. Zu »Erleichterungen« und »Verbesserungen« im Reiseverkehr

- BRD-Delegation soll darauf bestehen, »dass der Kreis der West-Reisenden in der DDR beträchtlich ausgedehnt wird und der Katalog der Anlässe nicht mehr so eng wie bisher ausgelegt wird« (Pressestimmen, »Welt«)
- Erwirkung weiterer Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr, Verlängerung der Ein- und Ausreisemöglichkeiten; Verkürzung der Wartezeiten an den Grenzübergängen; Möglichkeit der Einreise mit Hunden und Fahrrädern (Westberliner SPD-Führung, FDP)
- *Schmidt*¹⁰ solle sich dafür einsetzen, dass auch Motorradfahrer in die DDR einreisen können (»Deutscher Touring Automobil Club«)
- Im Rahmen der Gesamtproblematik »Reiseverkehrsverbesserungen und -erleichterungen« sei es nach Auskunft des Ministerialrates im Bundeskanzleramt, *Zilch*,¹¹ nicht vorgesehen, Einzelfälle anzusprechen.
- Aktivitäten, »Einzelfälle« ins Gespräch zu bringen. Ein [Name 1, Vorname], wohnhaft in Tann/Rhön (BRD) (vor 25 Jahren die DDR verlassen erblindet) ersuchte das Bundeskanzleramt, sich dafür einzusetzen, um für ihn beim Treffen eine Ausnahmeregelung für einen Besuch seiner Verwandten im Grenzgebiet der DDR zu erwirken. Eine Person [Name 2] (ehemaliger DDR-Bürger) wohnhaft Wittershausen (BRD), ersucht einen Mitarbeiter des »Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben«¹² Bundeskanzler *Schmidt* dahingehend anzusprechen, dass dieser beim Treffen die Aufhebung einer gegen ihn vermutlich vorliegenden Einreisesperre in die DDR erwirkt, damit er seine 80-jährige Mutter in Eisenach besuchen kann.

1.4. Zu Problemen des Transitverkehrs

- Schrittweiser Ausbau der Eisenbahn-Transitstrecken und qualitative Verbesserung des Transit-Straßennetzes (Elektrifizierung von Eisenbahn Transitstrecken und Ausbau auf eine Zuggeschwindigkeit von 160 km/h) (SPD Westberlin)
- Bau der Stichstraße von der künftigen Hamburg-Autobahn in den Landkreis Lüchow-Dannenberg (SPD Westberlin)
- Transitstrecke für Radfahrer und Mopedfahrer (SPD Westberlin)¹³
- Ständiges Offenhalten der Grenzübergangsstelle Staaken sowie Benutzung der Autobahn Berliner Ring bis zum Anschluss an die Autobahn Richtung Rostock (SPD, FDP Westberlin, *Weizsäcker*¹⁴ CDU)

1.5. Zu Problemen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

- Weiterer Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD (*Wischnewski*¹⁵ SPD)
- Vereinbarungen über ein langfristiges Kooperationsabkommen (Pressestimmen)
- Neufestsetzung der Höhe des Swing-Kredites¹⁶ (SPD, FDP, CDU-Kreise)
- Die künftige Versorgung Westberlins mit Erdgas aus der Sowjetunion, Verlegung der Rohrleitungen über das Staatsgebiet der DDR (SPD Westberlin)
- Zielstrebige Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen der DDR und der BRD und eventuell gemeinsames Auftreten in Drittländern (*Brandt*)¹⁷

1.6. Spezifische Westberlin betreffende Probleme

»Wunschthemen« der SPD und FDP

- Benutzung des Teltowkanals auch für Fahrgastschiffe und Sportboote
- Eröffnung eines neuen Grenzüberganges am U-Bahnhof Alexanderplatz
- Weiterer Gebietsaustausch gemäß dem Viermächteabkommen an der Lennéstraße im Bezirk Tiergarten und am Kölner Damm in Buckow
- Regelungen für Sicherheitsmaßnahmen bei Not- und Unglücksfällen auf den U-Bahn-Linien zwischen Kochstraße und Reinickendorfer Straße und zwischen Moritzplatz und Voltastraße¹⁸
- Behandlung Berlins als umweltpolitische Einheit
- Probleme im Bereich des S-Bahnhofes Zoo

1.7. Zum Status der Vertretungen

- Vereinbarung einer Kompromissformel bezüglich der DDR-Forderung nach Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften. Bei Beibehaltung des bisherigen Status dem jeweiligen Leiter den persönlichen Titel Botschafter geben (Pressestimmen)

1.8. Einzelprobleme

- Verbesserung des Gewässerschutzes (Werra-Projekt) einschließlich bessere Reinhaltung »der Berlin durchfließenden« Gewässer (SPD Westberlin)
- Entwicklung/Ausdehnung des »innerdeutschen« Sportverkehrs, mehr Begegnungen zwischen Sportlern (Bundestags-Sportausschuss, BRD Sportführung)
- Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten (*Lorenz*, CDU)
- Lösung von Problemen der Kriegsgräberfürsorge (Pressestimmen)

2. Auf eine Störung des Treffens zielende Forderungen

- Forderung nach Gesprächen über »Minen, Selbstschussanlagen und die Mauer« sowie über die »Verweigerung von Menschenrechten« in der DDR. »Warnung« vor einem Nachgeben gegenüber Forderungen der DDR etwa in der Frage der Staatsbürgerschaft. (*Barzel, CDU*)
- Die BRD-Regierung müsse »wirtschaftliche Konzessionen« davon abhängig machen, dass »Ostberlin zur Geschäftsgrundlage der deutsch-deutschen Verträge« zurückkehre. (deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU, *Lorenz*)
- Neue Vereinbarungen mit der DDR dürfe es nur geben, »wenn die Erhöhung des Zwangsumtausches in einer Weise zurückgenommen wird den innerdeutschen Besuchsverkehr in seinem früheren Umfang wieder ermöglicht«. (*Kohl, CDU*)
- Verstöße der DDR gegen den Grundlagenvertrag müssten rückgängig gemacht werden, »und zwar ohne Honorar«. (*Kohl*)
- Zurückweisung »juristischer Aggression der DDR-Führung gegen das Fundament der Ostverträge«. (außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Mertes*)¹⁹

3. Zu bedeutsamen Einzelheiten von Vorbereitungsmaßnahmen der BRD-Seite

(vorwiegend Informationen der Abteilung III)

- Um die »Trennlinie zwischen Innerdeutschem und Auswärtigem« nicht zu verwischen, habe das Auswärtige Amt der BRD einen Protokollbeamten im Vorauskommando zur Vorbereitung des Treffens dahingehend abzudecken beabsichtigt, dass er für die Dauer seines Einsatzes zum Bundeskanzleramt abgeordnet wird. (Pressebericht)
- Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, *Huonker*,²⁰ hat bei Regierungssprecher *Becker*²¹ sein Befremden darüber geäußert, dass der Leiter des Referates III A 6 (Innerdeutsche Beziehungen) im Bundespresseamt, Dr. *Plück*,²² der Vorausdelegation angehört. *Plück* sei CDU-Mann vertrete zu sehr die Linie der CDU. Nach Meinung des Bundespresseamtes wäre eine Herauslösung des *Plück* aus der Vorausdelegation nicht mehr möglich, weil es zu massiven Reaktionen von CDU-Kräften mit »Öffentlichkeitswirksamkeit« kommen könnte.
- Während des Arbeitsbesuches wird eine Gruppe von neun Mitarbeitern des Bundeskanzleramtes in der Ständigen Vertretung der BRD zum Einsatz kommen. Hinweise zu deren Aufgaben liegen bisher nicht vor.
- Für die Ständige Vertretung der BRD ist für die Dauer des Treffens erhöhte Arbeits- und Einsatzbereitschaft angewiesen worden. Berlin darf bei dringenden Dienstreisen verlassen werden.
- Kräfte des Bundesministeriums für »innerdeutsche Beziehungen« (BMB) sind durch den Bundeskanzler beauftragt worden, in Vorbereitung Treffens eine Einschätzung der »Stimmungslage in der DDR« zu erarbeiten. Das »BMB« beauftragte die »Infratest GmbH und Co. KG – Mär und Sozialforschung«, München, mit der Durchführung einer entsprechenden Umfrage. Im Rahmen dieser Umfrage wurden von Besuchern der DDR zurückgekehrte BRD-Bürger zu Meinungen befragt, die Bürger der DDR zur Politik der beiden deutschen Staaten in Unterhaltung geäußert haben. Diese Befragung wurde nach einem festgelegten Fragenkomplex vorgenommen und in entsprechenden Fragebögen vermerkt.²³
- Die Witwe des verstorbenen Westberliner Malers und Grafikers *Ole Jensen*,²⁴ [Name 3, Vorname], wandte sich an das Bundeskanzleramt mit der Absicht, Bundeskanzler *Schmidt* eine Zeichnung ihres verstorbenen Ehemannes zur Verfügung zu stellen, die dieser Genossen *Honecker* Geschenk überreichen könnte. Auf dieser Zeichnung sollen die Botschafter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei der Unterzeichnung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin abgebildet sein.

4. Zu Aktivitäten von Korrespondenten

(Informationen der Abteilung III und der Hauptabteilung II)

Die Ständige Vertretung der BRD in der DDR führte mit ständigen Korrespondenten der BRD am 5. Dezember 1981 im Westberliner Journalistenclub eine koordinierende Absprache durch, in deren Mittelpunkt eine generelle Abstimmung der Berichterstattung und die Vermittlung von »Zusammenhängen und Hintergrundinformationen« stand.

Bisher genehmigte journalistische Vorhaben konzentrieren sich auf

- Besichtigung von Handlungsobjekten und -räumen sowie Fahrtstrecken zwischen ihnen
- Straßenbefragungen.

Dabei traten besonders in Erscheinung *Pleitgen*, *Lehmann* (ARD), *Jauer* (ZDF) und *Waha* (AP) in Güstrow, *Jennerjahn* (dpa) am Werbellinsee und auf Fahrtstrecken sowie *Collat* (AFP) am Jagdschloss Hubertusstock.

Das Fernseherteam des ZDF unter Leitung von *Jauer* hielt sich am 8. Dezember 1981 in Güstrow auf. Es wurde eine Straßenbefragung und ein Interview mit dem Stadtbaudirektor durchgeführt. Die befragten Personen äußerten sich nach vorliegenden Informationen zurückhaltend; teilweise Beantwortung gestellter Fragen abgelehnt.

Von der BRD-Seite wurde angekündigt, dass alle BRD-Korrespondenten nach der Pressekonferenz *Schmidts* nach Güstrow fahren werden.

Aus dem »Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen« wurden Bestrebungen bekannt, journalistische Aktivitäten, die sich störend auf das Treffen auswirken könnten, zu verhindern.

Der Korrespondent der »Rheinischen Post« in der DDR, *Stadach*, bereitet gemeinsam mit dem deutschlandpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Lorenz*, öffentlichkeitswirksame Angriffe gegen den Besuch *Schmidts* in der DDR vor. Im Ergebnis eines sogenannten Hintergrundgespräches mit *Lorenz* verfasste *Stadach* einen Artikel mit Angriffen gegen *Schmidt* und verleumderischen Angriffen gegen die DDR.

Die Journalisten der Springer-Zeitung »Die Welt«, *Conrad* und *Karutz*, beabsichtigen am 11. Dezember 1981 in die Hauptstadt der DDR einzureisen. Beide wollen in der Nähe des Alexanderplatzes und des Hotels »Metropol« Gaststätten aufsuchen, um Meinungen und Stimmungen aus der DDR-Bevölkerung zu erhalten.

Zwischen dem stellvertretenden Leiter des Bonner Büros der ARD, *Lueg*, und dem stellvertretenden Chefredakteur des »Senders Freies Berlin«, *Schultze*, wurde vereinbart, am 13. Dezember 1981 eine Sondersendung in Form einer Chronik über das Treffen zu gestalten. In diese Sendung soll eine »Volksbefragung« zum Treffen, die auf den Straßen der DDR und der BRD bzw. Westberlins organisiert werden würde, einfließen. Des Weiteren ist eine Reihe von Interviews mit prominenten Politikern vorgesehen, wie Genossen *Honecker*, Bundeskanzler *Schmidt* und dem Westberliner Regierenden Bürgermeister von *Weizsäcker*. Genosse *Honecker* soll durch »ein paar ungeheuer kritische Fragen verwirrt werden«. Auf die Arbeitsbedingungen im Pressezentrum Bogensee soll ebenfalls in hetzerischer Weise eingegangen werden.

Kritik an »katastrophalen Zuständen« im Pressezentrum Bogensee übten Jürgen *Engert* (freiberuflich tätiger Fernsehjournalist) und Christa *Moerstedt-Jauer* (ZDF-Journalistin). Diese Bedingungen würden von den Journalisten als Politikum betrachtet und die Berichterstattung insgesamt negativ beeinflussen.²⁵

*Ergänzung zu Übersicht/Hinweise zu bedeutsamen Problemen anlässlich des Treffens zwischen Genossen Honecker und Bundeskanzler Schmidt bzw. damit im Zusammenhang stehend*²⁶

Zu 1.1. (Mindestumtausch)

- Vorstellbare Modifizierungen der Mindestumtauschsätze könnten sein:
- Ausnahmeregelungen zu Weihnachten und zum Jahreswechsel,
- dann Erleichterungen für Rentner und Jugendliche,
- schließlich spürbare Herabsetzung der Umtauschquoten für alle. (Presse)

Zu 1.3. (Reiseverkehr)

- Bei auf einen Tag befristeten Besuchen die volle 24-Stunden-Frist einzuräumen und nicht auf Ausreise bis Mitternacht beharren, wäre ein »Gewinn«. (Presse)
- Einen weiteren Grenzübergang im Harz zu schaffen, stehe u. a auf dem Bundeskanzler *Schmidt* übergebenen niedersächsischen »Wunsch-Katalog«. (Ministerpräsident *Albrecht*)²⁷

5. Zu Sicherungsmaßnahmen

(Informationen der Abteilung III)

- Die Erarbeitung einer Agenturmeldung »im Vorfeld des Besuches« über von der DDR getroffene Sicherheitsmaßnahmen wurde angeregt.
- Gebeten wurde um die Einziehung von Erkundigungen über mögliche Verhaftungen oder Isolierungen verdächtiger/negativer DDR-Bürger durch die Sicherheitsorgane der DDR.
- Die zu erwartende Fahrt des Bundeskanzlers über eine »menschenleere« Autobahn sei Ausdruck konkreter Sicherheitsvorkehrungen. (Mitarbeiter von DDP »Deutscher Depeschendienst«)

1
Egon Franke, Jg. 1913, SPD, 1969–82 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

2
Herbert Wehner, Jg. 1906, 1949–83 MdB (SPD), 1966–69 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1969–83 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

3
Rainer Barzel, Jg. 1924, 1957–87 MdB (CDU), 1962–63 und 1982/83 Bundesminister für gesamtdeutsche bzw. innerdeutsche Fragen, 1980–82 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

4
Peter Lorenz, Jg. 1922, 1969–81 CDU-Landesvorsitzender in Westberlin, 1976–87 MdB, 1980–82 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen und Berlinfragen der CDU-Bundestagsfraktion.

5
Helmut Kohl, Jg. 1930, 1973–98 Parteivorsitzender der CDU, 1976–82 CDU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, 1982–98 Bundeskanzler.

6
Hans-Jochen Vogel, Jg. 1926, 1974–81 Bundesminister der Justiz, Januar bis Juni 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1983–91 Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag.

7
Günter Guillaume wurde 1981 gegen acht Agenten und die Zusage der Ausreise von 3 000 Ausreisestellern, die Angehörige in der BRD hatten, von der DDR freigekauft. Vgl. Janssen, Karl-Heinz: »Offizier im besonderen Einsatz«. In: Die Zeit v. 22.4.1994.

Hans Günter Hoppe, Jg. 1922, 1975–87 stellv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

9

Zum Häftlingsfreikauf vgl. Wölbern, Jan Philipp: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen. Göttingen 2014.

10

Helmut Schmidt, Jg. 1918, SPD, 1974–82 Bundeskanzler, seit 1983 Mitherausgeber der Wochenzeitung »Die Zeit«.

11

Volkmar Zilch, Jg. 1936, Ministerialrat, 1976–91 Leiter des Referats 222 »Beziehungen zur DDR und Berlin-Fragen in den Bereichen Justiz, Verkehr, Transitkommission, Verkehrskommission, Familienzusammenführung aus der DDR« im Bundeskanzleramt.

12

Das Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA) war eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Bonn und einer Außenstelle in Westberlin. Es wurde am 1.7.1969 durch die deutsche Bundesregierung gegründet und unterstand der Dienstaufsicht des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG), ab Oktober 1969 für innerdeutsche Beziehungen.

13

Bis zu diesem Zeitpunkt durften Radfahrer und Mopedfahrer die Transitstrecke von Westberlin nach Hamburg nicht benutzen.

14

Richard von Weizsäcker, Jg. 1920, CDU, 1981–84 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1981–83 Landesvorsitzender der CDU, 1984–94 Bundespräsident.

15

Hans-Jürgen Wischnewski, Jg. 1922, SPD, 1976–79 Staatsminister im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin, 1976–82 Stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

16

Swing beinhaltete im bilateralen Außenhandel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland einen vertraglich vereinbarten zinslosen Überziehungskredit. Die Swing-Regelung wurde im Juni 1982 verlängert, aber reduziert, der nichtkommerzielle Zahlungsverkehr erhöht. Als Gegenleistung sicherte die DDR sogenannten Republikflüchtlingen vor dem 1.1.1981 Straffreiheit auf Transit- und DDR-Reisen zu. Westberliner durften Tagesbesuche in Ostberlin und in der DDR bis 2.00 Uhr (bisher 0.00 Uhr) ausdehnen.

17

Willy Brandt, Jg. 1913, 1964–87 Parteivorsitzender der SPD, 1969–74 Bundeskanzler, 1976–92 Präsident der Sozialistischen Internationale.

18

Die U-Bahn-Linien zwischen Kochstraße und Reinickendorfer Straße und zwischen Moritzplatz und Voltastraße führten durch Ostberlin. Diese Streckenabschnitte waren von den DDR-Grenzorganen hermetisch abgeriegelt worden.

19

Alois Mertens, Jg. 1922, CDU, 1972–85 MdB, 1980–82 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

20

Gunter Huonker, Jg. 1937, SPD, 1972–94 MdB, 1979–82 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

21

Kurt Becker, Jg. 1920, 1980–82 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

22

Kurt Plück war bereits Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Erfurt-Besuches von Willy Brandt 1970.

23

Vgl. Gieseke, Jens: Auf der Suche nach der schweigenden Mehrheit Ost. Infratest-Stellvertreterbefragungen 1968 bis 1989. In: Zeithistorische Forschungen 1/2015.

24

Ole Jensen, Jg. 1924, Maler und Karikaturist, porträtierte u. a. als Schnellzeichner in den Westberliner Fernsehnachrichten »Abendschau« Prominente der Stadt.

25

Joachim Jauer ergänzt zu den Hintergründen dieser Feststellung: »Über die »katastrophalen Zustände« im Pressezentrum Bogensee habe ich meiner Frau Christa Moerstedt-Jauer telefonisch und auch direkt in unserer Ostberliner Wohnung berichtet. Zum einen konnten wir keinen Schritt ohne z. T. unangenehme Begleitung tun, zum anderen wurden wir ständig über die Arbeitsmöglichkeiten vor Ort im Unklaren gelassen, was für die Logistik von Fernseherteams einer Behinderung der Berichterstattung gleichkommt. Im Übrigen habe ich konsequent über Drehverbote, nicht genehmigte Projekte oder Behinderung der Dreharbeiten vor Ort telefonisch von Ostberlin nach Westberlin oder Mainz berichtet. Die Genossen waren also ständig über meine Kritik informiert.« Mail Jauers an den Bearbeiter v. 23.4.2015.

26

Vermerk handschriftlich über dem Seitentitel: »Leitungsdienst«.

27

Ernst Albrecht, Jg. 1930, 1976–90 Ministerpräsident von Niedersachsen.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.